

71 %

Von den gestiegenen Spritpreisen fühlen sich 71 Prozent besonders stark betroffen. 66 Prozent klagen über höhere Heiz- und Stromkosten. 62 Prozent nennen auch die steigenden Lebensmittelpreise.

30 %

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs hat bei den Bürgern keine große Priorität. Nur 30 Prozent meinen, dass sich die Regierung besonders um den Ausbau des Schienennetzes kümmern sollte.

38 %

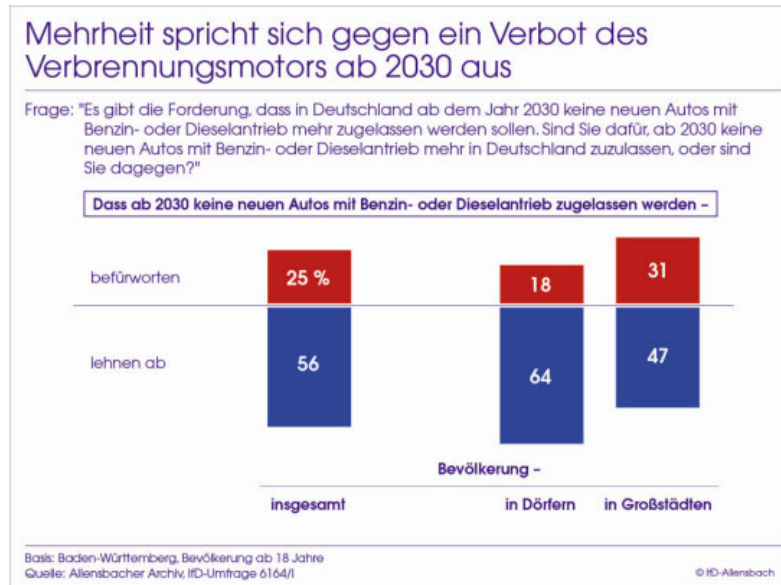
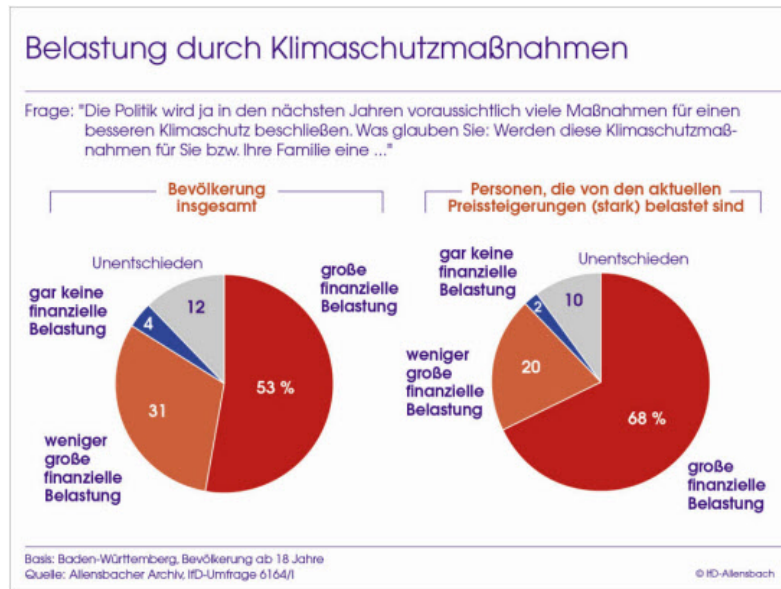
Ab wann ist man wohlhabend? Für 38 Prozent trifft das ab einem Jahreseinkommen von 100 000 Euro zu. 30 Prozent nennen 200 000 Euro als Grenze. Für 13 Prozent beginnt Reichtum ab 300 000 Euro.

25 %

Baden-Württemberg ist ein Land der Sparrer. Nur 25 Prozent wollen, dass der Staat seine Ausgaben erhöht. 53 Prozent befürworten hingegen das Ziel, dass der Staat keine neuen Schulden machen soll.

35 %

der Bürgerinnen und Bürger halten es für besser, wenn Ministerpräsident Winfried Kretschmann sein Amt vorzeitig übergibt. Grün-Schwarz befindet sich im Sinkflug, das Ländle will eine Ampelkoalition.



Meinungsklima – Bürgerinnen und Bürger beschäftigt der Anstieg der Energiekosten mehr als der Kampf gegen den Klimawandel. Das Thema Nummer eins verliert an Bedeutung

Im Südwesten sind Renten wichtiger als Klimaschutz

VON CHRISTOPH FISCHER

REUTLINGEN. Steigende Energiekosten belasten die Bürgerinnen und Bürger des Landes Baden-Württemberg. Das hat intensive Auswirkungen auf die Akzeptanz und Durchsetzung anstehender politischer Entscheidungen. Insbesondere dann, wenn es um Maßnahmen geht, die in der Bevölkerung in Verdacht stehen, mit finanziellen Einbußen verbunden zu sein. Das ist eines der wesentlichen Ergebnisse der neuen repräsentativen Befragung der Bürgerinnen und Bürger durch das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.

Das Ergebnis des neuesten BaWü-Checks darf nach der Bundestagswahl im September als alarmierend gelten. 53 Prozent der Bevölkerung erwarten steigende Kosten insbesondere durch die zu erwartenden Klimaschutzmaßnahmen in den kommenden Jahren. Besonders groß ist die Sorge vor weiteren finanziellen Belastungen infolge der Energiepreise, die schon aktuell unter der Preisentwicklung leiden. 68 Prozent dieser Gruppe erwarten spürbare finanzielle Belastungen durch die angezielten Klimaschutzregelungen.

Wenn die Preise weiter steigen, wird es für die Politik vermutlich immer schwerer, die Bevölkerung von notwendigen Maßnahmen zu überzeugen, die mit zusätzlichen finanziellen Belastungen verbunden sind. Das könnte zu erheblichen Einschränkungen im Kampf gegen den Klimawandel führen.

Die Mehrheit der Bevölkerung wird sich weiter für Klima- und Umweltschutz aussprechen, auch im Bundesland Baden-Württemberg – zugleich aber nicht mehr bereit sein, zugunsten des Klimaschutzes höhere Energiepreise zu bezahlen. Weit über die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs lehnen das ausdrücklich ab. Lediglich jeder Vierte ist überhaupt bereit, aus Klimaschutzgründen höhere Preise zu bezahlen.

Die Preissteigerungen an der Tankstelle, bei der Heiz- und Stromabrechnung

und beim Einkauf von Lebensmitteln führen zu hoher Unzufriedenheit mit der politischen Führung. Das gilt im Land wie im Bund. 75 Prozent (!) der Bevölkerungskreise mit niedrigem Haushaltsnettoeinkommen fühlen sich »stark belastet«. Auch bei finanziell besser gestellten Haushalten fühlen immer noch 55 Prozent die hohe Belastung intensiv.

Die politischen Auswirkungen sind offensichtlich. Die Mehrheit der Deutschen weiß nach wie vor nicht, was sie von dem Ergebnis der Bundestagswahl halten soll. Nur 36 Prozent der Baden-Württemberger sind mit dem Ausgang der Wahl zufrieden, 47 Prozent hätten einen anderen Ausgang favorisiert. Zugleich hat die Bevölkerung eine klare Vorstellung davon, worum sich die Politik in erster Linie kümmern muss. Und dazu zählt keineswegs der Klimaschutz, ein fatales Zeichen für die unzureichende Überzeugungsarbeit der politischen Führung.

Bürgerinnen und Bürgern geht es viel mehr um die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme, um mehr bezahlbaren Wohnraum und das Gesundheitssystem. Für 65 Prozent hat die Sicherung der Renten die mit Abstand höchste Priorität, 55 Prozent sehen in Umwelt- und Klimaschutz eine vordringliche Aufgabe, nur Position vier auf der Rangliste. Das Ziel, die Staatsschulden zu begrenzen, liegt im Prioritätenkatalog der Baden-Württemberger weit hinten, ebenso nachrangig wird das Vorantreiben der Digitalisierung eingeschätzt.

Keine Unterstützung findet im Ländle die Forderung, nach 2030 keine neuen Autos mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen. Nur 25 Prozent halten das für eine gute Idee, deutliche 56 Prozent sind dagegen. Naturgemäß unterscheidet sich das konkrete Meinungsbild nach Stadt-

und Landbewohnern. Auf dem Land lehnen 64 Prozent der Menschen die Forderung rigoros ab.

Interessant sind die Auswirkungen der Bundestagswahl auf das Land, wenn es um das politische Personal geht. Insbesondere die SPD konnte keinerlei neue Sympathiewerte gewinnen, lediglich jedem Vierten imponieren die Genossen auf Bundesebene, 37 Prozent sehen die SPD kritisch. Von der Landes-SPD haben gar nur 17 Prozent eine positive Meinung.

Beste Stimmung herrscht dagegen bei den Anhängern der Sozialdemokratie. 74 Prozent sehen die Entwicklung der SPD positiv.

Und dennoch würden sich in Baden-Württemberg mehr Menschen eine Beteiligung der SPD an der Regierung wünschen. Nur noch 35 Prozent wünschen sich den Fortbestand der grün-schwarzen Regierung, die Attraktivität einer Ampelkoalition steigt in Baden-Württemberg in der neuen Umfrage von 31 auf 41 Prozent fast sprunghaft. Insbesondere für die Grünen im Land hat Grün-Schwarz keine Zukunft.

Was nach wie vor der Popularität des Ministerpräsidenten nichts anhaben kann. Aber auch der Zuspruch für Winfried Kretschmann sinkt. Nur noch 41 Prozent wünschen sich eine komplette Legislatur Kretschmanns. Im Juli waren es noch 45 Prozent. 35 Prozent halten es für besser, wenn Kretschmann sein Amt vorzeitig übergibt.

Von Euphorie keine Spur im Land. Und auch nicht im Bund. Sollten die Preise für Energie und Lebensmittel weiter ansteigen, könnte dies zu einer ersten ernsthaften Belastungsprobe der neuen Bundesregierung werden. Und im Land? Befindet sich Grün-Schwarz politisch in der letzten Runde. (GEA)

